

PiS-Kandidat Karol Nawrocki gewinnt die Wahl in Polen -was bedeutet das für uns?

Der Historiker Karol Nawrocki hat die Präsidentenwahl in Polen knapp gewonnen. Nach Auszählung aller Stimmen kommt der rechtskonservative Kandidat auf 50,89 Prozent. Er liegt damit knapp vor seinem Rivalen Rafal Trzaskowski, der von der Linken unterstützt wurde: Der Pro-Europäer erhielt 49,11 Prozent.

Wenn ein Wahlsieger von den Mainstreammedien als „rechtskonservativ“ bezeichnet wird, dann ist man erst einmal geneigt, die Entscheidung der Wähler als positiv zu werten. Und dass Nawrocki EU-skeptisch ist, spricht auch erstmal nicht gegen den neuen Mann an der Spitze. Die EU hat sich in den vergangenen 15 Jahren arg bemüht, eine wachsende Skepsis gegenüber Brüssel aufzubauen.

Aber das überaus knappe Wahlergebnis belegt die tiefe Spaltung in unseren wichtigen östlichen Nachbarland.

Mit seinen 38 Millionen Einwohnern und einer wachsenden militärischen Streitmacht ist Polen in Europa bisher einer der wichtigsten Unterstützer der Ukraine in der Verteidigung gegen den russischen Aggressor.

Ob sich an der Haltung Polens bei diesem Thema etwas ändert?

Es bleibt abzuwarten, Nuancen von Veränderungen waren aber im Wahlkampf zu erkennen, als sich Nawrocki gegen einen Ukraine-Beitritt zur NATO aussprach.

Aber niemand in Polen macht sich Illusionen über das heutige Russland von Präsident Wladimir Putin. Zu leidvoll waren die Erfahrungen mit dem großen Nachbarn in der wechselvollen Geschichte Polens.

Doch die sich andeutenden Veränderungen könnten auch das Verhältnis zwischen Warschau und Berlin beeinträchtigen. Nawrocki ist parteilos, kandidierte aber unterstützt von der mächtigen rechten PiS-Partei. Er stellte im Wahlkampf klar, dass er auf Donald Trump und die USA setzt, wärmte gleichzeitig die alte PiS-Forderung nach Reparationszahlungen Deutschlands an Polen zum Ausgleich der Nazi-Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs auf. Und die EU? Polen werde sich von Brüssel nichts vorschreiben lassen, versicherte der Wahlsieger.

Im Wahlkampf erneuerte er die Forderung, die Bundesrepublik müsse Reparationen für die Schäden zahlen, die Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg in Polen verursacht habe.

Polen will 1,3 Billionen Euro Reparationen - und rechnet den ökonomischen Wert getöteter Menschen vor

Unser östliches Nachbarland Polen will Reparationen von uns Deutschen. Für die Schäden, die Nazi-Deutschlands Truppen beim Angriffskrieg 1939 und bei der Besetzung danach angerichtet haben.

Kaczynski, Polens starker Mann, sagte dazu: «Die Deutschen sind in Polen eingefallen und haben uns enormen Schaden zugefügt. Die Besetzung war unglaublich verbrecherisch, unglaublich grausam und hatte Auswirkungen, die in vielen Fällen bis heute anhalten.»

Erlauben Sie mir vorweg die Bemerkung, dass ich „die Polen“ sehr mag. Diejenigen, die ich persönlich kennengelernt habe, aber auch unseren EU- und NATO-Partner, die sich in diesen Monaten als Stützpfeiler des westlichen Bündnisses erweisen, und die gegenüber dem Aggressor Russland eine deutlichere Sprache sprechen, als es sich deutsche Regierungsmitglieder trauen würden.

Dennoch empfinde ich die Forderung von 1,3 Billionen Euro als nahezu grotesk – genau 83 Jahre nach dem deutschen Angriff auf Polen.

Die Bundesregierung antwortete in seltener Entschiedenheit: «Die Position der Bundesregierung ist unverändert. Die Reparationsfrage ist abgeschlossen.» Denn Polen hat 1953 auf weitere Reparationen verzichtet und das danach noch mehrfach bestätigt. «Dies ist eine wesentliche Grundlage für die heutige Ordnung Europas.» Deutschland stehe aber «politisch und moralisch zu seiner Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg».

Nach Berechnungen einer Kommission, die die polnische Regierung eingesetzt hatte, kamen durch den Krieg und die deutsche Besetzung mehr als 5,2 Millionen Menschen in Polen ums Leben. Ein Fünftel davon seien Kinder unter zehn Jahren gewesen.

Allein die Verluste durch die ausgebliebenen Einkommen der Getöteten schätzte die Kommission auf 919 Milliarden Euro, und bewies damit gleich, dass ein solcher „Body count“, wie die Amerikaner das nennen, mit einer Bewertung des ökonomischen Wertes getöteter Menschen niemals Grundlage solcher Forderungen oder gar Verhandlungen sein darf. Mehr als 2,1 Millionen Männer und Frauen seien zudem als Zwangsarbeiter verschleppt worden.

Den materiellen Schaden Polens durch Angriff und Besetzung beziffert das Gutachten auf rund 170 Milliarden Euro. Hinzu kämen zerstörte Kulturgüter und Kunst im Wert von etwa vier Milliarden Euro. Zur Regelung der Reparationsfrage empfahl die Kommission laut Mulaczyk ein bilaterales Abkommen zwischen Berlin und Warschau.

Zu dem es nie kommen wird.

In dieser Zeit brauchen die Bürger andere Sichtweisen als die der Regierungen und des Medien-Mainstreams zur Orientierung. Bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit einer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18.

Keine polnischen MIGs über der Ukraine - die USA handeln sehr besonnen

Das ganze schöne Framing der Putin-Verteidiger bricht in einer Stunde zusammen wie ein Kartenhaus. Die USA, so lese ich seit Tagen dauernd, wollten „unbedingt“ einen Krieg mit Russland führen. Das ist absurd. Niemand sucht einen Krieg mit einer Macht, die Tausende Atomraketen kriegsbereit haben. Klar, das haben die Vereinigten Staaten auch, aber niemand gewinnt bei sowas. Niemand. Und die Amerikaner werden einen Teufel tun, einen Nuklearkrieg für die Ukraine zu führen, die immer noch nicht im westlichen Bündnis ist.

Die Wahrheit ist, dass die USA gestern Abend eine verwegene aber zugleich törichte Idee aus Polen klar abgelehnt haben.

Polen hatte angeboten, den USA 28 eigene MIG-29-Kampffjets für einen Dollar zu verkaufen und nach Rammstein/Deutschland zu fliegen. Dort – so die Idee – würden die Maschinen mit Gelb-Blau bemalt, ukrainische Piloten steigen ein und fliegen dann direkt in die Ukraine, um in die Kämpfe gegen die nicht allzu erfolgreich agierenden russische Truppen dort einzugreifen, die jetzt schon hohe Verluste verzeichnen müssen.

Verständlich, dass Polen – und andere – über so etwas nachdenken. Und – Sie wissen, ich stehe in diesem Konflikt ohne Wenn und Aber auf Seiten der angegriffenen Ukraine – natürlich müssen die angrenzenden Länder, natürlich muss die NATO auch über solche Schachzüge nachdenken.

Aber es ist nicht möglich.

Polnische Kampfflugzeuge (NATO), die den USA (NATO) in Deutschland (NATO) übergeben werden, um in der Ukraine Angriffe auf russische Truppen zu fliegen, das würde alle Grenzen sprengen. Dann wären auch wir Deutsche Kriegspartei, und das wollen wir nicht sein in diesem Konflikt. Ein solches Vorgehen der NATO würde alle Roten Linien überschreiten und auch uns direkt in einen Krieg mit Russland hineinziehen.

Erneut hat sich die USA als besonnener und kluger Akteur in diesem Konflikt erwiesen. Ganz anders als das Zerrbild, das in Internet-Foren von Präsident Biden und seiner Administration gespielt wird.

Endlich funktioniert Europa mal, wenn man es braucht

Ganz ehrlich, ich hätte nicht gedacht, dass Europa in diesen Tagen wirklich funktionieren würde. Aber offensichtlich funktioniert alles nahezu reibungslos: Gemeinsame und gut abgestimmte Sanktionen gegen russische Oligarchen und Unternehmen innerhalb von drei Tagen. Militärische Verstärkung für die osteuropäischen Länder, die das wünschen. Die Menschen machen mit, in vielen Ländern demonstrieren Zehn-, ja Hunderttausende gegen den erbarmungslosen Krieg Putins im ukrainischen Nachbarland. Und jetzt noch eine unglaubliche Welle der Hilfsbereitschaft, vor allem in Polen und Ungarn, aber auch in Deutschland.

Die klare Haltung Ungarns erfreut mich dabei besonders, hatte doch Präsident Viktor Orban erst vor Tagen noch Wladimir Putin zu einem Gespräch getroffen. Orban ist bekannt, dass er für sein Land immer gern mal Sonderwege einschlägt – gerade in der Europäischen Union. Beneidenswert, dieses Land, das sich seinen Schneid auch nicht durch Liebessentzug aus Brüssel abkaufen lässt. Ungarn hat vor zwei Wochen Kampfflugzeuge nach Estland verlegt, um die baltischen NATO-Partner im Ernstfall zu verteidigen. Und die Ungarn helfen den Flüchtlingen aus der Ukraine, dem Brudervolk, wie kaum jemand anders. Lesen Sie dazu auch [hier](#)

Ungefähr 1,5 Millionen Ukrainer haben ihr Land inzwischen verlassen und sich in Sicherheit gebracht. Es sind ausschließlich Frauen, Kinder und alte Menschen, die vor den Bomben und Raketen das Weite suchen. Was für ein Unterschied zur Flüchtlingswelle 2015/2016, als fast nur junge Männer in die Europäische Gemeinschaft, vornehmlich nach Deutschland und Schweden, strömten. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, welche schlimmen Folgen das bis heute auch in unserem Land hat.

In Berlin hat man Sorgen, nicht ausreichend Platz zu haben, für die neuen wirklich Schutzsuchenden Menschen aus der Ukraine. Wie wäre es, wenn nun endlich einmal die 300.000 rechtskräftig abgelehnten aber vom deutschen Staat „geduldeten“ Asylbewerber abgeschoben würden? Dann wäre reichlich Platz für die Frauen, Kinder und Alten aus der Ukraine, die unsere Hilfe wirklich gebrauchen. Genau für solche Fälle ist ein Asylrecht gedacht. In unserem Freundeskreis haben inzwischen mehrere Freunde bei sich zu Hause Flüchtlinge aus der Ukraine vorübergehend aufgenommen. Großartig!

Wir oft haben wir, habe ich, auf die EU und den Moloch Brüssel geschimpft. Links durchideologisiert, bevormundend, ein bürokratisches Monster, das immer dann versagt, wenn man, wenn wir es wirklich brauchen. Dieses Mal ist das augenscheinlich anders. Und eine Staatengemeinschaft souveräner Länder, die sich endlich mal als handlungsfähig erweist – das wird nicht nur in Moskau und Peking zur Kenntnis

genommen, das finden auch die Menschen gut, die in den Ländern der EU-Staatengemeinschaft leben.

Viele Tausend Menschen lesen jeden Tag diesen bürgerlich-konservativen Blog, um sich zu orientieren, was los ist. Aber wir können das nur machen, wenn Sie und am Leben erhalten. Bitte spenden Sie für unsere publizistische Arbeit auf PayPal über @KlausKelle oder auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18. Vielen Dank!

Dialog statt Gewalt - für die Grünen ist ihr eigenes Mantra wenig glaubhaft

Die Grünen in Berlin hyperventilieren gerade. Der Grund ist Frau Merkel, die sie ja eigentlich liebhaben.

Was ist passiert? An der Grenze zwischen Weißrussland und Polen herrscht im Moment eine angespannte Stimmung. Tausende arabische Migranten suchen dort nach einer Möglichkeit, auf polnisches Gebiet durchzubrechen. Dann wären sie in der EU, und wenn Polen sie nicht aufnimmt – wovon auszugehen ist – dann fahren sie direkt durch nach Deutschland, wo man Geld, Handys, Wohnungen, medizinische Versorgung bekommt – und nix dafür leisten muss, nicht einmal die Gastgeber mit Respekt und Anstand behandeln.

Ja, wir Deutschen sind wirklich ein einzigartiges Volk.

Russlands Präsident Wladimir Putin hätte einen Nobelpreis verdient als führender Zündler weltweit.

Nach Telefonaten mit seinem Buddy Lukaschenko aus Weißrussland und seiner alten Freundin Merkel aus Ost-Zeiten – möglicherweise auf russisch ohne Dolmetscher geführt – schlug der alte Fucks listig vor, Luka und Ähntschie sollten doch mal wieder direkt miteinander telefonieren. Mit welcher Begründung hätte Merkel das ablehnen sollen, wenn sie glaubhaft demonstrieren will, dass es ihr in erster Linie um die Menschen dort geht, die bei Kälte und Wasserwerfer-Beschuss dort ausharren?

Also telefonierte die beiden, von denen anzunehmen ist, dass sie so unterschiedlich sind, dass sie sich auch persönlich nicht leiden können. Und nur der gemeinsame Freund im Kreml bringt sie zueinander.

Der grüne Außenpolitiker Omid Nouripour kritisierte Merkels Telefonat im Deutschlandfunk scharf und sagte, er fände es «verheerend, dass Frau Merkel mit ihm telefonierte hat». Und das führt uns zu der Frage: Warum eigentlich?

Sind die grünen Bessermenschen nicht seit Jahrzehnten die, die uns belehren, man könne Konflikte nur durch Dialog beilegen und bloß nicht durch einseitiges, gar gewalttätiges Vorgehen? Ich persönlich bin auch dafür, dass EU-Partner die polnischen Freunde auch mit dem Einsatz von Grenzschützern und Soldaten unterstützen, die EU-Außengrenzen zu sichern. 500 Deutsche, 500 Franzosen, 500 Dänen, ein

paar Wasserwerfer, das bekäme man schon hin.

Doch nun macht Merkel mal etwas, was die Grünen sonst immer empfehlen – sie redet mit der anderen Seite. Und schon soll es auch wieder falsch sein.

So ähnlich wie bei Nordkorea, wo US-Präsident Obama Vorbereitungen für einen militärischen Angriff auf Kim Jong Uns Paradies wegen dessen Atomwaffen vorbereiten ließ, und dann Trump einfach mal hingeflogen ist um seinen neuen dicken Freund zu umarmen. Auch das fanden die Grünen nicht gut. Weil es ihnen eben gar nicht um den Akt an sich geht, sondern darum, dass es der oder die Richtige getan oder gelassen hat. Grüne und Sozialisten dürfen mit allen sprechen, Hausbesetzer, Terroristen, islamistische Mörderbanden, RAF-Veteranen – alles gut, wenn es nur von Links kommt.

Und damit schließt sich der Kreis wieder einmal: Grüne Rhetorik ist oft nichts anderes als Schattenboxen und Heuchelei.

Die kalte Jahreszeit hat begonnen. Bitte spenden Sie für Tee und heißes Wasser in unserem Samowar. Auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Prof. David Engels beim Schwarm: „Sie wollen ein anderes Europa - wir wollen das alte zurück!“

Diese Rede hielt Prof. Dr. David Engels am 2. Oktober 2021 auf der „6. Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz“ in Essen.

„Bitte erlauben Sie mir zu Beginn einige persönliche Anmerkungen. Viele unter Ihnen werden es wissen: Ich liebe Europa. Oder besser gesagt: Ich liebe das Abendland. Es ist meine eigentliche Heimat. Das mag daran liegen, daß ich als deutschsprachiger Belgier gewissermaßen staatenlos bin. Bereits Belgien an sich ist zu zerstritten und komplex, als dass man sich wirklich als „Belgier“ fühlen könnte. Die deutschsprachige Gemeinschaft aber mit ihren 70.000 Einwohnern ist viel zu klein und unbedeutend, um selbst eine regionale Identität aufbauen zu können. Sie ist eine europäische „Mikroregion“, nicht mehr und nicht weniger.

Als zweisprachiger Mensch fühle ich mich darüber hinaus aber auch den beiden Kulturräumen verbunden, in deren Sprache mein Denken und Fühlen sich vollzieht: Die deutschsprachige und die französischsprachige Welt, und das ausdrücklich jenseits ihrer gegenwärtigen nationalen Grenzen, sind

beide Sprachräume doch erheblich umfassender als das Territorium des deutschen und französischen Nationalstaats. Alle zweisprachigen Menschen wissen, daß eine solche doppelte Identität ebenso bereichernd ist wie belastend: Bereichernd, denn jede Sprache bietet ja Zugang zu einer ganz eigenen und unverwechselbaren Weltsicht; belastend, denn die unteilbare Selbstidentifizierung mit einer einzigen Sprache oder Nation wird dadurch unmöglich gemacht.

Im Gegensatz zu dem, was die Globalisten allerdings behaupten, bedeuten Mehrsprachigkeit und eine übernationale eigene Identität keineswegs eine Absage an den Patriotismus. Aber für den, der dem Reichtum seiner Identität auf den Grund gehen will, verlagert er sich, und zwar von der nationalen Ebene auf die nächsthöhere. Diese ist aber nicht die vielgerühmte Ebene von sogenannten Menschenrechten und One-World-Gedusel. Es ist jene Identitätsebene, von der die Globalisten gerne schweigen und welche viele Patrioten erst gerade entdecken, nämlich die der abendländischen Kultur.

Ja, ich fühle mich als Europäer, als abendländischer Patriot; und diese Identität ist etwas völlig anderes als das, was von jenen beschworen wird, die EU- und Regenbogenflaggen schwenken und von angeblichen „westlichen Werten“ reden. Meine Identität ist diejenigen einer tausendjährigen Zivilisation, die seit den Karolingern auf den Trümmern der Antike, den germanischen, romanischen und slawischen Traditionen und der christlichen Weltdeutung aufgebaut wurde und sich von Anfang an als eine Einheit empfand. Diese Einheit, durch das gemeinsame christliche Bekenntnis ebenso wie durch die Tradition des Kaisertums verkörpert, hat viele Jahrhunderte überlebt. Und sie existiert auch heute noch, wo der Reichsgedanke vorübergehend in den Schatten getreten ist und das abendländische Christentum eine vielleicht entscheidende Häutung vornimmt.

Man wird einwerfen: „Wer fühlt sich denn im Jahre 2021 überhaupt noch als echter Abendländer?“ Und es ist in der Tat bezeichnend, daß die europäischen Institutionen es mit aller Macht verhindern, dass ein solches gemeinsames Gefühl wiederbelebt wird, indem sie das Narrativ in die Welt gesetzt haben, man sei entweder Nationalist oder Globalist. Aber gerade das sollte uns allen Anreiz sein, unseren verborgenen Wurzeln nachzuspüren und uns an den großen konservativen Kulturphilosophen Ortega y Gasset zu erinnern, der vor 100 Jahren schrieb:

„Machten wir heute eine Bilanz unseres geistigen Besitzes – Theorien und Normen, Wünsche und Vermutungen –, so würde sich herausstellen, dass das meiste davon nicht unserem jeweiligen Vaterland, sondern dem gemeinsamen europäischen Fundus entstammt. In uns allen überwiegt der Europäer bei weitem den Deutschen, Spanier, Franzosen. Wenn wir uns versuchsweise vorstellen, wir sollten lediglich mit dem leben, was wir als »Nationale« sind, wenn wir etwa den durchschnittlichen Deutschen aller Sitten, Gedanken, Gefühle zu entkleiden probieren, die er von anderen Europäern des Kontinents übernommen hat, werden wir bestürzt sein, wie unmöglich eine solche Existenz ist; vier Fünftel unserer inneren Habe sind europäisches Gemeingut.“

Das christliche Abendland ist unsere Wurzel; es ist, auch wenn wir es nicht immer wahrhaben, unsere heutige Identität; und es muss auch unsere Zukunft sein, wenn wir überhaupt eine haben wollen. Der Nationalstaat wird zwar gerade bei Konservativen als ausschließliches Identitätsmerkmal gerühmt und

als ultimatives Bollwerk gepriesen. Ich kann dies verstehen – auch ich verabscheue jenes falsche Brüssel-Europa und unterstütze aus vollen Kräften jene Staaten wie Ungarn oder Polen, welche sich mit Zähnen und Klauen jedem Versuch entgegensetzen, die eigene Demokratie zu entmachten; notfalls, wenn es denn sein muss, durch einen vorübergehenden Austritt. Aber: Der große Kampf unserer Zeit ist nicht der Kampf zwischen der EU und dem Nationalstaat. Es ist der Kampf zwischen globalistischen und traditionalistischen Werten.

Das Brüsseler Diktat ist nicht daher zurückzuweisen, weil es sich bemüht, eine gesamteuropäische Handlungsfähigkeit aufzubauen – etwas, das wir in der Tat in der heutigen Welt bitter nötig haben. Es ist zurückzuweisen, weil es die altehrwürdigen Werte unserer Zivilisation auslöschen will. Ehe, Familie, Lebensrecht, Heimat, Gott, Ehre, Würde, Stolz auf die eigene Geschichte – all dies soll relativiert, ausgehöhlt, schließlich als reaktionär und faschistoid diskreditiert werden. Und die Gleichschaltung von Schulen, Medien, Universitäten, großen Unternehmen und der Politik ist so weit gediehen, daß dieses Projekt zumindest in Westeuropa fast geglückt ist, und an die Stelle der alten abendländischen Werte jene hochgefährlichen Schlagworte aus der Retorte getreten sind, welche man uns tagtäglich einzutrichtern versucht. Multikulturalismus, Laizität, Toleranz, Diversität, LGBTQ, Willkommenskultur, Rechtsstaatlichkeit – hinter diesen ursprünglich vielleicht tatsächlich wohlgemeinten Begriffen verbirgt sich in der Praxis nichts anderes als der Sturmangriff auf das, was uns zu Abendländern macht.

Und dieser Kampf ist nicht ein Kampf der Nationen gegen Europa; es ist ein Kampf der Völker gegen ihre Eliten. Denn was würde es nutzen, die EU gestürzt zu wissen, wenn die eigene Regierung auch außerhalb der EU ihre zerstörerische Politik weiterbetreibt? Sind der Irrsinn der Cancel-Culture, des GenderGaga, des Multikulturalismus oder der extremen sozialen Polarisierung im Vereinigten Königreich seit dem Brexit auf wunderhafte Weise verschwunden? Nein, trotz angeblich konservativer Regierung stellen wir „Business as usual“ fest. Sicherlich, die EU ist ein Krake, welcher die Rückkehr zu den traditionellen Werten unserer Vergangenheit selbst da, wo konservative Regierungen Wahlsiege verbuchen, von oben behindern, und aus diesem Grund muss sie bekämpft werden. Aber dieser Kampf ist nicht das Hauptschlachtfeld, und es hieße, falsche Energien zu bündeln, den Kampf um unsere Identität auf das Schlagwort „Los von Brüssel“ zu reduzieren. Gerade der Zermürbungskampf der EU gegen Polen und Ungarn zeigt, daß es Einzelstaaten auf Dauer nicht möglich ist, sich den zerstörerischen Absichten der EU ganz zu widersetzen: Nur durch eine breite gesamteuropäische konservative Allianz ist ein solches Vorhaben möglich.

Nicht ein ebenso irrealistischer wie sinnloser Dexit, Frexit oder Polexit sollten daher oben auf der Agenda stehen, sondern der gemeinsame Wunsch, jenes gegenwärtige Brüsseler Monster durch eine andere Struktur zu ersetzen, den Kampf also im Namen eines konkreten Neubaus zu unternehmen. Die EU ist nicht als Feind des Nationalstaats zu bekämpfen, sondern alles Feind des Abendlands. Und bedenkt man die immer noch ungebrochene Popularität des europäischen Projekts bei einer erdrückenden Zahl der Bürger, ist ein solcher gemeinsamer Kampf, wenn er auch auf den ersten Blick komplizierter als ein rein nationaler Befreiungsschlag wirken mag, tatsächlich auch vielversprechender.

Dies macht aber auch deutlich, daß es uns eben nicht darum gehen kann, den Kampf auf einer rein

institutionellen Ebene zu führen. Es geht vorrangig nicht um die Frage, wo und wie am besten die Entscheidungen über unsere Zukunft fallen sollen und welche Kompetenzen nun fortan in Brüssel, Berlin, Düsseldorf oder Aachen verwaltet werden sollen. Es geht um einen viel wichtigeren Kampf, nämlich den der Werte, und dieser Kampf wird sich nicht auf wundersame Weise entscheiden, indem Kompetenzen verlagert und auf den angeblich „gesunden Menschenverstand“ der Bürger vertraut wird. Denn wohin dieser gesunde Menschenverstand führt, haben nicht nur die jüngsten Bundestagswahlen, sondern eigentlich nahezu alle Wahlen in ganz Europa in den letzten 20 Jahren gezeigt. Was die Konservativen nicht wahrhaben wollen: Das gegenwärtige System ist der Mehrheit nicht aufgetrieben worden, sondern sie haben es selbst gewählt und regelmäßig in wohl immer noch größtenteils freien Wahlen explizit bestätigt. Sicher, man mag hier auf den gewaltigen medialen und akademischen Druck verweisen. Doch ist auch dieser eben nicht durch eine zentrale Steuerung, sondern freiwillige Gleichschaltung zustande gekommen und ist kein Betriebsunfall, sondern das logische Resultat einer vor Jahrzehnten in Gang gesetzten Dynamik.

Es kann uns daher nicht nur um die Rückkehr zum angeblichen guten alten „Rechtsstaat“ der 1980ern gehen: Eben jener Rechtsstaat hat uns dahin gebracht, wo wir heute stehen. Wir müssen daher also nicht daran arbeiten, das politische System zu „befreien“, denn ansonsten würde es nur wie ein ausgezogenes Gummi wieder an seine Ursprungsstelle zurückschnellen. Wir müssen vielmehr für einen allgemeinen Paradigmenwechsel kämpfen; unser Kampf darf nicht um Formalia, sondern muss um die Seelen der Menschen gehen. Doch selbst dabei ist klar, dass ein Großteil der Bürger, und zwar nicht nur Zugewanderte, sondern auch Einheimische, mittlerweile von jeglicher Liebe zu unserer Kultur oder Sorge um unsere Zukunft abgekoppelt ist und mit unserer Zivilisation wenig mehr verbindet als halbwegs funktionierende Infrastrukturen und regelmäßige Sozialleistungen. Nur, wenn wir die Kraft und Disziplin aufbringen, unsere abendländischen Werte im Alltag konkret zu leben und zu verteidigen, anstatt ihre Verwirklichung demokratischen Entschlüssen anzuvertrauen, besteht eine Hoffnung: Nämlich die, allmählich eine kritische Masse vor allem junger Menschen auf unsere Seite zu bringen und ein geschlossenes System patriotischer Bürger zu schaffen, das attraktiv genug ist, in Krisenzeiten auch bislang unpolitische Menschen anzuziehen.

Unser Kampf muß also, um erfolgreich zu sein, drei Grundlagen berücksichtigen.

Die europäischen Konservativen müssen lernen, in europäischen Dimensionen zu denken und zu handeln. Der Nationalstaat ist ein spätes Erzeugnis der europäischen Geschichte und alles andere als ihr letztes Wort: Auch in der klassischen Antike, im alten China und im hinduistischen Indien bestanden quasi-nationalstaatliche Institutionen, welche schliesslich immer in einem finalen Reich mit föderaler Struktur aufgegangen sind. Was wäre gewonnen, im Namen der abendländischen Tradition Europa in 40 autonome Zwergstaaten aufzusprengen? In der Vergangenheit mochte eine gewisse Kleinstaaterei noch angesichts der technischen Überlegenheit des Westens halbwegs überlebensfähig sein. Heute aber würde ein alterndes, zersplittertes und wissenschaftlich abgeschlagenes Sammelsurium von Staaten, deren Größe im Durchschnitt der einer chinesischen Kleinstadt entspricht, sofort zum Spielball innerer und äußerer Rivalitäten. Nur zusammen sind wir stark, und das bedeutet auch in einem neuen konservativen Europa die gemeinsame Bewältigung gewisser Aufgaben im Bereich des Schutzes der

Außengrenzen, der Verteidigung, der Forschung, der Infrastruktur, der Kriminalitätsbekämpfung oder der Normen – doch eben nur unter Zugrundelegung eines gemeinsamen, konservativen Wertesystems, welches auch rechtlich ein für alle Mal unmöglich machen soll, daß sich die kulturellen und sittlichen Auflösungserscheinungen der letzten Jahrzehnte wiederholen. Worauf wir hinarbeiten müssen, ist daher nicht nur der Abbau jener gräßlichen EU, sondern auch der Aufbau – und ja, ich scheue mich nicht, es im vollsten Wortsinne zu sagen – der Aufbau eines neuen, gesamteuropäischen „Sacrum Imperium“. Die europäischen Konservativen müssen ein eigenes Informations- und Bildungssystem schaffen. Zumindest in Westeuropa ist unwahrscheinlich, dass Schulen, Universitäten oder Medien durch einen neuen „Marsch durch die Institutionen“ erneut konservative Inhalte berücksichtigen: Im Namen der Toleranz die eigenen Reihen für Andersdenkende öffnen und sich dann verdrängen lassen, ist ein Fehler, den man zwar rechts begangen hat, links aber nicht wiederholen wird. Über Jahrhunderte hinweg hat man im Abendland Bildungsstätten wie Orden, Schulen und Universitäten nie von innen reformiert: Man hat immer darauf vertraut, eher durch Neugründungen Vorbilder zu schaffen und Anreiz zur Selbstreinigung zu liefern. Wir brauchen ein neues Cluny; wir brauchen neue Medien, neue Schulen, neue soziale Netzwerke und neue Universitäten, und vor allem brauchen wir den Mut und die Disziplin, uns ihrer auch zu bedienen, selbst wenn die staatlichen Autoritäten ihnen jegliche Anerkennung, Hilfe und Subvention untersagen.

Die europäischen Konservativen müssen der von den Globalisten geförderten Dekadenz eigene, positive traditionelle Werte entgegensetzen. Das „jeder nach seiner Façon“ hat sich selbst ad absurdum geführt, die Verhausschweinung des Europäers jenen „Letzten Menschen“ Nietzsches heraufbeschworen, der der Tod einer jeden Zivilisation ist. Nur, wenn wir unsere traditionellen Werte nicht nur beschwören, sondern auch im Alltag leben und gegen jeden Druck von außen verteidigen, können wir auch persönlich glaubhaft sein. Wir müssen überall in Europa resiliente konservative Parallelgesellschaften und vor allem neue Kader schaffen, die innerlich gefestigt sind, Vorbild zu sein, und die nicht davor zurückschrecken, im Namen des Wahren, Guten und Schönen sich jenen von oben aufoktroyierten, vielleicht legalen, aber zunehmend illegitimen Regeln entgegenzusetzen: „Wo Recht Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“.

Bildungsarbeit für junge Leute, Netzwerktreffen bundesweit, reichweitenstarke Medien - es wäre so viel möglich, wenn mehr Geld zur Verfügung stünde. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Die machen einfach, was sie wollen....

Heute Morgen Zeitungslektüre – wie schlecht gelaunt ist der Mainstream bloß an einem so schönen Sommermorgen? Manuel Neuer singt im Urlaub einfach, was es will. Und die Polen wählen gar nicht so, wie die ARD das möchte. Schlimm, oder?

Die Nato sendet eine Botschaft an den Kreml - zurückhaltend und klug

Das „Morning Briefing“ des Handelsblattes kommt immer passend per Mail zum Morgenkaffee bei mir und vielen anderen Lesern der Zeitung an. Chefredakteur Gabor Steingart schreibt immer ein paar Zeilen zu den wichtigen Themen des Tages, und in der Regel ist es geistreich, was er zu Papier bringt. Heute war das nicht so. Zur angekündigten Verlegung von insgesamt 4.000 Nato-Soldaten in die baltischen Staaten und nach Polen schreibt Steingart:

„Die Nato hat gestern beschlossen, 4.000 zusätzliche Soldaten in Osteuropa zu stationieren. Mit dieser so genannten „Vornepräsenz“ will man Putin beeindrucken. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Der Mann kennt offenbar nicht die Größe des Moskauer Militärapparats (etwa eine Million aktive Soldaten; 2,3 Millionen Reservisten) und versteht wenig von der Psyche der Russen.“

Ganz davon abgesehen, dass sich das westliche Verteidigungsbündnis bei Erfüllung ihrer Aufgabe keineswegs daran orientieren sollte, ob die russische Psyche gerade wohlgestimmt ist oder nicht, ist die Überlegung des Kollegen Steingart Milchmädchen-Strategie. Wer die Erklärung der Nato zu der Truppen-Verlegung gelesen hat, der sollte wissen, dass die Nato keineswegs vorhat, Putins Millionenheer mit 4.000 Soldaten im Ernstfall quasi zurückzuschlagen. Der Handelsblatt-Chef - bei allem Respekt - sollte bemerkt haben, dass die Maßnahme überaus klug ist. Denn das Bündnis verlegt, zunächst zeitlich begrenzt, multinationale Kontingente ins Baltikum und Polen. Soldaten aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA - militärisch ein anderes Kaliber als die zwar stolzen und freiheitsliebenden Kleinstaaten Litauen, Lettland und Estland. Und auch Polen. Ein russischer Angriff auf diese Soldaten wäre de facto ein Angriff auf diese - unsere - Länder, darunter drei Atommächte. Würde Putin das wagen? Die Nato ist etwas anderes als die völkerrechtswidrige Einverleibung der Krim. Tatsächlich ist die Entscheidung der Nato strategisch klug, vom Umfang her äußerst zurückhaltend und alles andere als ein kriegerischer Akt. Es ist nichts weiter als eine Botschaft an den Kreml, eine Grußkarte sozusagen. Liebesgrüße nach Moskau.